

Information zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Rahmen der Finanzverwaltung an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

06. Juni 2024

Mit diesen Datenschutzhinweisen kommt die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (im Folgenden HHU) für die oben genannte Verarbeitung personenbezogener Daten ihrer Informationspflicht gemäß Artikel 13 und Artikel 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) nach.

Ergänzende Informationen sind der Datenschutzerklärung der HHU zu entnehmen (<https://www.hhu.de/datenschutzerklaerung>).

Hinsichtlich der verwendeten Begriffe „personenbezogene Daten“, „Verarbeitung“, „Verantwortlicher“, „Dritter“ etc., wird auf die Definitionen in Artikel 4 DSGVO verwiesen.

Der hier verwendete Begriff „Geschäftspartner*innen“ umfasst auch Personen im Zusammenhang mit Schutzrechtsverfahren.

1. Kontaktdaten

Verantwortlich für die Verarbeitung ist die HHU, eine vom Land NRW getragene, rechtsfähige Körperschaft des Öffentlichen Rechts. Sie wird durch die Rektorin Prof. Dr. Anja Steinbeck vertreten.

1.1. Kontaktdaten des Verantwortlichen

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Universitätsstr. 1
40225 Düsseldorf
Tel.: 0211 81-10000
<https://www.hhu.de>

1.2. Ansprechpartner für die Verarbeitung

Christian Wolf
Dezernent Finanzen
Universitätsstr. 1, Geb. 16.11, Ebene 03
40225 Düsseldorf
Tel.: 0211 81- 15255
E-Mail.: finanzen@hhu.de oder christian.wolf@hhu.de

1.3. Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten

Die behördliche Datenschutzbeauftragte der HHU erreichen Sie postalisch unter oben angegebener Adresse des Verantwortlichen oder wie folgt:

Die Datenschutzbeauftragte

E-Mail: datenschutz@hhu.de

Tel.: 0211 81 – 13060

<https://www.hhu.de/datenschutz>

2. Angaben zu den verarbeiteten personenbezogenen Daten und Zwecken der Verarbeitung

Im Rahmen der Finanzverwaltung an der HHU werden folgende personenbezogene Daten von Ihnen erhoben und verarbeitet:

- Interne Partnernummer, unter der Sie als Geschäftspartner*in geführt werden
- Allgemeine Daten von Geschäftspartner*innen (Partnerstammdaten) inkl. der Kontaktdaten von Ansprechpartner*innen (dies beinhaltet Angaben wie Titel, Name sowie Geburtsnamen, Vorname, Geschlecht, Telefonnummern, E-Mail-Adressen, Anschrift, Angaben zu Insolvenzverfahren bzw. Pfändungen)
- Finanzdaten (Bankverbindung, Steuernummern Steuer-ID)
- Dienstreisedaten
- Stipendiendaten

Des Weiteren können, sofern notwendig, aus dem Gewerbezentralregister /Wettbewerbsregister folgende Daten herangezogen und verarbeitet werden:

- Partnerstammdaten (Name, Vorname, ggf. Namenszusatz, ggf. Vorsatzwort, Titel)
- Grundlegende Personaldaten (Geburtsort, Geburtsname)

Die Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Bewirtschaftung von Mitteln sowie Stammdatenpflege und Berichtserstellung
- Aufnahme, Bewertung und Zahlbarmachung aller anfallenden Geschäftsvorfälle in der Finanzbuchhaltung
- Verarbeitung Ihrer Daten zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen, u.a. zur Erfüllung steuerlicher Mitteilungspflichten
- Durchführung von Beschaffungsvorgängen inkl. zollrechtlicher Prüfung; Vom Auftragswert abhängig erfolgt ein Vergabeverfahren gemäß der Verordnung für öffentliche Aufträge (HWFVO, GWB, UvGO, VgV)
- Durchführung zollrechtlicher Prüfungen bei Importen/Exporten (auch wenn kein Bestellbezug besteht)
- Prüfung von Geschäftspartner*innen gegenüber Sanktionslisten der EU und der USA; Exportkontrolle. Für Beschäftigte und Stipendiaten der HHU erfolgt eine eingeschränkte Prüfung ausschließlich gegen EU-Listen.

Für Vergabeverfahren gilt, als Bewerber*in bzw. Bieter*in sind Sie verpflichtet, die geforderten Angaben zu machen. Falls Sie diese Angaben nicht machen, kann Ihr Angebot/Teilnahmeantrag nach den vergaberechtlichen Vorschriften vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

3. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Ihre personenbezogenen Daten werden aufgrund der Bestimmungen der DSGVO und des Landesdatenschutzgesetzes sowie ggf. weiterer maßgeblicher Gesetze verarbeitet. Dies geschieht nur zu den in Ziffer 2 angeführten Zwecken.

Grundsätzlich erfolgt die Wirtschaftsführung an der HHU zur Wahrnehmung von Aufgaben im öffentlichen Interesse, die ihr über §§5, 8, 13 und 16 Hochschulgesetz NRW übertragen wurden. Somit erfolgt die Verarbeitung von personenbezogenen Daten in diesem Zusammenhang gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO. Darüber hinaus gilt:

Für Buchhaltungs-, Beschaffungs-, Steuer- und Zollvorgänge erfolgt die Verarbeitung von personenbezogenen Daten unserer Geschäftspartner*innen gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO zur Erfüllung von vorvertraglichen Maßnahmen sowie Verträgen, sowie in diesem Zusammenhang gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO i.V.m. § 144 III 2 AO.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten während des Vergabeverfahrens erfolgt gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c i.V.m. Art. 6 Abs. 3 DSGVO und § 55 Landeshaushaltsordnung NRW (LHO NRW) nebst zugehörigen Verwaltungsvorschriften (VV) i.V.m. der Unterschwellenvergabeordnung (UVgO, VOB, GWB, VgV) sowie Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW.

Die Datenverarbeitung im Rahmen der Sanktionslistenprüfungen erfolgt zur Einhaltung gesetzlicher Vorgaben gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO i.V.m. §§ 4 (2), 18, 19, 23 und 24 AWG i.V.m. der jeweils relevanten EU-Sanktionsliste. Eine aktuelle Übersicht über alle Sanktionslisten lässt sich unter folgendem Link der EU einsehen: <https://www.sanctionsmap.eu/#/main>. Datenübermittlungen an das BAFA erfolgen gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO i.V.m. §§ 23, 24 AWG.

Die Prüfung gegen US-Listen (betrifft nur Geschäftspartner*innen die zur Gruppe Debitoren/Kreditoren gezählt werden und keine Beschäftigten oder Stipendiaten der HHU sind) erfolgt gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO im berechtigten Interesse der HHU.

Sofern erforderlich, erfolgt eine Verarbeitung Ihrer Daten zur Erfüllung verschiedener steuerlicher Mitteilungspflichten, u.a. aufgrund der Mitteilungsverordnung, der Abgabenordnung (AO, bitte beachten Sie hierzu insbesondere §2a der AO), EStG, InvStG und UStG.

4. Übermittlung personenbezogener Daten

Nach § 6 Wettbewerbsregistergesetz ist die Vergabestelle verpflichtet, vor der Erteilung des Zuschlags in einem Verfahren über die Vergabe öffentlicher Aufträge mit einem geschätzten Auftragswert ab

30 000 Euro ohne Umsatzsteuer bei der Registerbehörde abzufragen, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen zu demjenigen Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, gespeichert sind. Unterhalb der v. g. Wertgrenze und auch bei einem Teilnahmewettbewerb kann eine Abfrage an die Wettbewerbsregisterbehörde gerichtet werden. Dies gilt bei Teilnahmewettbewerben für solche Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden.

Nach § 19 Abs. 4 Mindestlohngesetz kann die Vergabestelle bei Aufträgen ab einer Höhe von 30 000 Euro ohne Umsatzsteuer zusätzlich zur v. g. Abfrage für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a Gewerbeordnung anfordern.

Bei allen Vergabeverfahren sind auf Verlangen der Bieter, die nicht für den Zuschlag berücksichtigt worden sind, die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebots sowie der Name des erfolgreichen Bieters mitzuteilen.

Nach Durchführung einer Beschränkten Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb oder einer Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb jeweils ab 25.000 Euro ohne Umsatzsteuer werden für die Dauer von drei Monaten über jeden so vergebenen Auftrag der Name des beauftragten Unternehmens oder der natürlichen Person bekanntgegeben.

Darüber hinaus erfolgen Übermittlungen von Zahlungsdaten an Bank zum Zweck der Vertragserfüllung gegenüber Lieferanten bzw. sonstigen Zahlungsempfängern. Weiterhin erfolgen Übermittlungen von Zahlungsdaten an Bank zum Zweck der Sachverhaltsklärung. Zudem erfolgen gesetzlich geregelte Übermittlungen (§ 9 Abs. 1 i.V.m. § 12 Abs. 1 HWFVO) an den Landesrechnungshof und an die Wirtschaftsprüfung.

Ansonsten gilt, Ihre personenbezogenen Daten, die von der HHU für die unter Ziffer 2 genannten Zwecke verarbeitet werden, übermitteln wir grundsätzlich nicht an Dritte. Wir weisen aber darauf hin, dass die IT-Abteilungen bzw. ein Dienstleister im Rahmen von Pflege- und Wartungsarbeiten möglicherweise Zugriff haben.

Sofern Dienstleister Zugang zu personenbezogenen Daten erhalten, geschieht dies auf Grundlage eines Vertrages gemäß Art. 28 DSGVO.

Sollte es zu einer positiven Prüfung gegen EU Sanktionslisten kommen und der Fall ist nach einer weiteren Prüfung verifiziert oder verbleibt unklar, erfolgt eine behördliche Meldung gemäß https://www.bafa.de/DE/Aussenwirtschaft/Ausfuhrkontrolle/Embargos-Weitere_Massnahmen/embargos-weitere_massnahmen_node.html. In diesem Fall erfolgt die Verarbeitung und Übermittlung der Daten gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO zur Einhaltung gesetzlicher Vorgaben gemäß §24 Abs. 4 Außenwirtschaftsgesetz.

5. Dauer der Verarbeitung/Datenlöschung

Die Aufbewahrung der Daten erfolgt bis zur Zweckerfüllung oder gemäß gesetzlicher Fristen. So gelten für die Daten in der Finanzbuchhaltung grundsätzlich 10 Jahre nach Abschluss des

Geschäftsjahres gemäß §147 AO und §257 HGB und für den Einkauf 10 Jahre nach VV zu §71 LHO NRW Aufbewahrungspflicht.

Personenbezogene Daten mit Bezug zu Schutzrechtsverfahren (inkl. nationale/ internationale Patentanmeldungen und Patente) werden mindestens 10 Jahre aufbewahrt, nachdem

- a) die Anmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen worden ist oder als zurückgenommen gilt oder
- b) das Schutzrecht vom Patentamt/ Markenamt widerrufen worden ist oder
- c) die Geltungsdauer des Schutzrechts oder der entsprechende Schutz (bei Patenten 20 Jahren nach dem Anmeldetag (Priorität)) im letzten der benannten Staaten abgelaufen ist,

um den erforderlichen Zeitraum nach Regel 147 des Europäischen Patentübereinkommens (EPÜ) zu gewährleisten.

Sanktionslistenprüfungen:

Sollte im Rahmen der Sanktionslistenprüfungen ein Verdachtsfall aufkommen, so werden die dazugehörigen Daten nach Abschluss der Prüfung für die Gruppe der Beschäftigten und Stipendiaten 5 Jahre und für alle anderen Geschäftspartner*innen 10 Jahre lang aufbewahrt. Für Geschäftspartner*innen erfolgt eine Speicherung und kontinuierliche Prüfung, die mit Beendigung der Geschäftsbeziehung noch maximal für sechs Monate erfolgt. Eine aktive Geschäftsbeziehung zeichnet sich durch Transaktionen innerhalb der letzten drei Jahre zum Prüfungstag aus. In allen anderen Fällen erfolgt eine sofortige Löschung aller personenbezogener Daten, spätestens innerhalb eines Monats.

Die Fristen wurden aus Empfehlungen des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (siehe Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) (2022): „Firmeninterne Exportkontrolle“, S.15), der Aufbewahrungsrichtlinie der HHU sowie §22 Abs. 3 AWW abgeleitet.

6. Ihre Rechte als Betroffene/r

Sie können als betroffene Person jederzeit die Ihnen durch die DSGVO gewährten Rechte geltend machen:

- das Recht auf Auskunft, ob und welche Daten von Ihnen verarbeitet werden (Art. 15 DSGVO). Es gelten die Einschränkungen nach § 12 DSG NRW;
- das Recht, die Berichtigung oder Vervollständigung der Sie betreffenden Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO);
- das Recht auf Löschung der Sie betreffenden Daten nach Maßgabe des Art. 17 DSGVO. Es gelten die Einschränkungen nach § 10 DSG NRW;
- das Recht, nach Maßgabe des Art. 18 DSGVO eine Einschränkung der Verarbeitung der Daten zu verlangen;
- das Recht auf Widerspruch gegen eine künftige Verarbeitung der Sie betreffenden Daten nach Maßgabe des Art. 21 DSGVO;
- das Recht, eine erteilte Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird dadurch nicht berührt (Art. 7 Abs. 3 DSGVO).

Sie haben über die genannten Rechte hinaus das Recht, eine Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde einzureichen (Art. 77 DSGVO). Die für die HHU zuständige Aufsichtsbehörde ist die

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestraße 2-4
40213 Düsseldorf
Telefon: 0211 38424-0
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

Wir wären Ihnen allerdings dankbar, dass Sie –bevor Sie sich mit Ihrem Anliegen an die Aufsichtsbehörde wenden- mit unserer Datenschutzbeauftragten Kontakt aufnehmen würden. Wir werden versuchen, Ihrem Anliegen gerecht zu werden.

7. Gültigkeit dieser Datenschutzhinweise

Wir behalten uns das Recht vor, diese Datenschutzhinweise abzuändern, um sie gegebenenfalls an Änderungen relevanter Gesetze bzw. Vorschriften anzupassen oder Ihren Bedürfnissen besser gerecht zu werden. Diese Datenschutzhinweise gelten in der jeweils zuletzt durch die HHU veröffentlichten Fassung.